

Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland

Das „S. V.“ erscheint jeden Freitag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1,50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter entgegen. Einnahmen durch höhere Gewalt und Ausfall der Druckerei keine Entschädigung. Geschäftsstellen: Frankfurt a. M. Nr. 10 und Bahnhofstr. Nr. 2. — Fernruf 2. — Postfach-Konto Köln Nr. 10 188.

SB

Seit 1840

Nützliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Anzeigenpreise: 1 Zeile 100 Hbf. im Ortsort 80 Hbf., f. Ausw. 120 Hbf. 10 Zeilen 1000 Hbf. 40 Zeilen 3000 Hbf. Offertengeld 25 Hbf. umgerechnet nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollarkurs. Zahlbar bei Aufnahme, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Rabat-Rabat.

Nr. 202

Olpe, Freitag, den 29. August 1924

84. Jahrg.

Die Entscheidung des Reichstages auf heute vertagt.

Nach völlig ungeklärter Lage

Besprechungen der Deutschnationalen

mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Vor der Entscheidung

Morgen wird die Entscheidung fallen, ob der Reichstag, der in den letzten Tagen den deutschen Namen direkt entehrenden Szenen ausgesetzt hat, die politische Reise in sich birgt, die in den wochenlangen Konferenzen in London ausgearbeiteten Abmachungen, bei denen seit Kriegesende Deutschland zum ersten Male als gleichberechtigter Macht hinzugezogen ist, als einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ansieht, oder ob es nachher noch geschickt wird, bei der ersten Prüfung seiner eigenen Unzulänglichkeit. Es handelt sich, da naturgemäß starke außenpolitische Wirkungen davon abhängen, um eine schwere, vielleicht die schwerste Entscheidung seit Kriegsende, da die Nichtverabschiedung der Damesage den Feindern gegen Deutschland, die nur darauf warten, wieder aus der Vertiefung zu erscheinen, das Sprungbrett zu ihrer Aufrückung böte. Trotz der auf jeden Fall erfolgenden Unterschrift würden die in London vorgelegenen Pläne nicht laufen. Dortmund und die übrigen Gebiete würden nicht geräumt. Die Kredite aus dem Ausland, die wir dringend nötig haben, würden, das muß befürchtet werden, nicht der Industrie zur Verfügung gegeben. Da auch eine starke Gefährdung unserer Währung befürchtet werden muß, so würde eine fürchterliche wirtschaftliche Lage entstehen. Aus diesen Beweggründen der Lage des besetzten Gebietes und den schwersten wirtschaftlichen Bedenken gehen ja fortwährend der Reichsregierung und den Parteien dringende Rufe des besetzten Gebietes sowie aller Wirtschaftskreise zu, auf jeden Fall die Befehle anzunehmen. Die Aussprache im Reichstage darüber hat nun lange genug gedauert. Von den Gegnern der Annahme, insbesondere von den Deutschnationalen ist alles Mögliche ins Feld geführt worden. Neue Argumente haben nun darin gefehlt. Die augenblickliche Situation wird von der demokratischen Abgeordneten Fr. Dr. Lüders mit folgenden Ausführungen gekennzeichnet:

„Man kann mit dem gleichen Ernst, aus dem gleich tiefen Verantwortungsgefühl heraus den Weg, der uns jetzt in dem Damesbericht und in den Londoner Abmachungen geöffnet ist, verworfen oder ihn befreiten. Man kann seine wirtschaftlichen Folgen so verhängnisvoll, seine politischen Begleiterscheinungen für so demütigend halten, daß sie alle gegenwärtigen und zukünftigen Vorteile mehr als aufwiegen. Man kann das — das heißt, wenn man sich wirklich eingehend über alles für und Wider unterrichtet hat —, und niemandem ist daraus ein Vorwurf zu machen. Eventueller Irrtum ist wieder ein Charakterfehler, noch eine politische Unfähigkeit. Aber man kann nicht sagen, ist die Auffassung von „leben unerwünschten Ehrenpunkten“ und ihre nachträgliche Verwertung als Handelsobjekt.“ Die stärkste Partei des Reichstages, die Deutschnationale Volkspartei, hat in diesen Tagen der Welt ein Schauspiel gegeben, das weder deutschen Verantwortungsgefühl noch nationale Würde in sich barg. Sie hat, ohne zu einer Entscheidung kommen zu können, die für das Vaterland entscheidungswirksame Frage zu einem Aufhebel gemacht, wie er in der parlamentarischen Geschichte wohl noch nie dagewesen ist. Um nicht in den Verdacht zu kommen, die Rede des deutschnationalen Führers hergt, die geheimnisvoll die tiefsten Deutungen ausgelegt ist, einseitig parteipolitisch auslegen zu zitieren wir die Deutschnationale Sauerl. Morgenpost, die wörtlich schreibt: „Es bleibt also die Frage offen, was die Regierung zu dem herkömmlichen Vorschlag sagt, der darauf abzielt, eine Annahme der Damesage zu sichern gegen das Zugeländnis eines gewissen deutschnationalen Einflusses auf die Regierung in der kommenden Zeit.“ Für einen solchen Schaden mit den Lebensfragen einer Nation haben wir kein Verständnis. Mehr kann man doch nicht die Partei über das Vaterland setzen. Und so etwas nennt sich Deutschnational.

Wir haben die feste Überzeugung, daß Marx, der seine Winkeltäfelchen, der in der Innenpolitik der letzten aufrechten Ehrenmann ist, wie ihn in London die Teilnehmer an der Konferenz kennen und schätzen gelernt haben, sich mit den Winkeltäfelchen, um nicht zu sagen Winkeltäfelchen, nicht in der Lage zu befinden, von denen die heilige Berliner Presse zu berichten weiß. Wir sind keine Gegner eines Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung, aber wohl Gegner politischer Schanderei, zumal wenn es sich um die Interessen der Nation, um Volk und Vaterland handelt. Wir heißen die Deutschnationalen sogar in der Regierung willkommen, wenn sie dort nicht ihre vollzogene bisherige unruhigende Politik treiben wollen, sondern, wenn sie mit uns dem Ideal der Volkseinigung, wie sie die ausgleichende Politik von Dr. Marx im Inlande und Auslande erfolgreich eingeführt hat, dienen wollen, wenn sie eine Entscheidung treffen, daß nicht dem veränderten Ein- und Rechtsabfallismus ein so glücklicher Erfolg beschieden sein soll, über den sich am meisten die Herren Sinowjew, Trozki und Genossen in Moskau, daneben die grimmigsten Deutschnationalen in Paris freuen werden. Das ist ganz und gar in die Hand der Deutschnationalen gegeben. Es ist alles gegeben,

um ihnen den ganzen Ernst ihrer Verantwortung ins Bewußtsein zu rufen, aber auch alles, um ihnen diese Verantwortung zu erleichtern. Jedenfalls ist im Reichstag von Seiten der gegenwärtigen Regierung stützenden und für das Londoner Abkommen eintretenden Parteien nichts gegeben, was den Deutschnationalen ein Einlenken hätte erschweren können. Man hat sich im Gegenteil die größte Mühe gegeben, ihnen Brücken zu bauen. Manche Kreise, welchen die Verbreitung der Regierungsbotschaft nach rechts besonders am Herzen liegt, sind darin sehr weit gegangen, wenn auch hoffentlich nicht alles wahr ist, was darüber erzählt wird. Das Ergebnis, soweit es die Abstimmungen der zweiten Lesung erkennen lassen, ist nicht ermutigend. Sehr müssen die Deutschnationalen sich entscheiden, ob sie, wie die K. Z., Zeitung, die in der volksparteilichen Presse durch besondere großen Eifer sich hervor, in möglicher Annäherung ihrer eigenen Beurteilung des Londoner Abkommens an die deutschnationale Einstellung diese Partei an die Seite der eigenen Partei und in die Regierungsmehrheit hineinzubringen, mit Reichsminister, „Hand in Hand mit Schölem und Luthendörff“, die gestörte Währungsfrage herbeiführen wollen, von der sie vorher dargelegt hatte, sie werde die Deutschnationale Partei, namentlich in den Städten, im Westen und Süden, „nacheinander auslösen“, die Bankwirtschaft ruinieren und das Bürgerum zerstören. Krieg oder Frieden tragen die Deutschnationalen in ihrer Toga. Schwer wird ihnen die Wahl, da sie selbst innerlich zerrissen sind, und für einen ganzen Vorstoß auf dem Spiele steht. Wie die Wahl ausfällt, darüber wollen wir nicht urteilen. Fäden der Antikipation sind gespannt, da ja Außenminister Stresemann mit ihnen gestern nachmittag verhandelt hat. Von einem Ergebnis der Verhandlung ist noch nichts bekannt. Wir raten, alle allzu große Erwartungen daran zu knüpfen, würden uns aber freuen, wenn das Gegenteil einträte, da dem deutschen Volk und besonders unseren Brüdern des besetzten Gebietes viel Elend und Not dann erpart würde. Das ganze deutsche Volk würde durch eine Eingabe der Deutschnationalen mit Marx und seiner ausschließlichen Politik viel gewinnen, da damit der klaffende Riß im deutschen Volk überbrückt würde, der so unheilvoll ist für unsere nationale Politik wie für unsere internationale Stellung. Daß dies den Deutschnationalen nach ihrer bisherigen Einstellung sehr schwer fallen wird, versteht sich. Sie müssen die Antwort geben, die morgige Abstimmung wird eine Klärung der jetzt noch ganz verneinten Lage bringen. Verlassen die Deutschnationalen, so wird der Appell an das Volk ergehen müssen und das deutsche Volk, so hoffen wir, wird dann mehr Vernunft bewiesen als am 4. Mai 1924. Es geht nach unserer Auffassung um weiter nichts als um eine ganz klare Entscheidung, ob man den von der Regierung eingeschlagenen Weg billigen will oder ob man ihn ablehnt. Dazu gehört der Mut der Verantwortung und weiter nichts. Wie wir noch einmal feststellen wollen, ist die Regierung nach wie vor energisch entschlossen, den Reichstag aufzulösen, wenn sie die nötige Mehrheit nicht erhält. Alle anderen Mittelungen sind falsch. Sollte es zu einer Auflösung des Reichstages kommen, dann rechnet man mit einem Wahltermin, der entweder für den 27. September oder für den 11. Oktober festgelegt werden soll.

Die dritte Lesung der Sachverständigen-Geirge.

B. D. A. Berlin, 28. August. (Traib.)

Vormittag 10 Uhr Beginn.

Vizepräsident Dr. Nieber gerichtet die Eröffnung der Sitzung des 17. Jahres des Reichstages.

Ohne Debatte werden darauf die Anträge auf Annahme der politischen Gesetzentwürfe dem Reichstagsrat übergeben.

Von den Mittelparteien ist ein Antrag eingebracht worden, wonach der Reichstag auch nach der Reichstagsauflösung bis 8 Tage nach den Wahlen den Abgeordneten die Reichstagsarbeiten belassen soll.

Abg. von Graefe (Nationalsozialist) und Abg. Runge (Deutschnational) bekämpfen das Verlangen. Die Mitglieder des Reichstages seien nach der Auflösung des Reichstages einfache Bürger wie alle übrigen.

Sie hätten kein Recht, sich auf Kosten der Steuerzahler für diese Zeit materielle Vorteile zu verschaffen.

Der Antrag wird in 1. und 2. Lesung angenommen. Die sofortige Vornahme der dritten Lesung scheitert an dem Einspruch des Abg. von Graefe (Nationalsoz.).

Nach Debatten der Erledigung kleinerer Vorlagen wird

die dritte Beratung der Gutachtenangelegenheit fortgesetzt.

Abg. Dr. Quast (Deutschnational)

erklärt, die Deutschnationalen geben in die dritte Beratung und in die entscheidende Abstimmung hinein mit einem tiefen Gefühl der Entscheidung und Bitterkeit.

Es scheint tatsächlich, als ob auf deutschem Boden und auf deutsche Kosten der Kampf zwischen den

seindlichen Prinzipien und London ausgetragen werden soll. Die Argumente der Kommunisten gegen das Damesgutachten sind durchaus richtig, aber sie entsprechen nicht dem deutschen Geist, sondern den Direktiven von Moskau. Das Damesgutachten ist bei seinem Erscheinen in Deutschland aus von amtlichen Stellen begrüßt worden in einer Weise, die tatsächlich von vornherein die deutschen Unterhändler in eine sehr ungünstige Situation bringen mußte. In der Tonart der französischen Regierung ist in der letzten Zeit allerdings ein etwas milderer Klang zu hören. Ein gewisser Anflug der Räumung ist bereits gemacht oder wenigstens versprochen worden. Der Kampf der Rheinländer geht nicht mehr um einen Tag oder eine Woche früherer Räumung, sondern um den deutschen Charakter des Rheinlandes. Wäre der unwürdige und unerhörte Schmachposten aus dem Ausland an den Rhein besetzt. Der Redner begründet dann folgende Entscheidung seiner Freunde.

Die Reichsregierung hat unbedacht ihrer Verpflichtungen durch weitere Verhandlungen eine Herabminderung der Gesamtheit des Damesgutachtens herbeiführen und im Zusammenhang damit im Wege einer isolierten diplomatischen Verhandlungen mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß eine feste Grenze für die gesamten künftigen Leistungen Deutschlands vereinbart wird.

Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen verlangt die Einfügung des Paragraphen 3a in das Damesgutachten über den Londoner Vertrag, der heißt: „Das Gesetz tritt nur in Kraft, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind.“ Es folgen die Forderungen der Anträge der Deutschen Volkspartei mit nachstehenden Ergänzungen, daß durch diese Abmachungen in völlerrechtlicher bindender Form eine Sicherheit geschaffen wird, daß die Gebiete, die über den Artikel 48 des Versailles-Vertrages hinaus besetzt sind, spätestens bis zum 10. Januar 1925 geräumt werden. Der weiteren Auslegung dieses Abkommens werden Verhandlungen mit Deutschland vorbehalten bleiben, daß die Auslegung und Handhabung des Abkommens unter eine wirksame Reichskontrolle (Schiedsgericht) gestellt wird. Das Gesetz tritt nicht in Kraft, solange nicht die Reichsregierung in einer amtlichen, den alliierten Mächten abzugebenden Erklärung die im Artikel 231 des Versailles-Vertrages über die Entscheidung des Weltkrieges enthaltene Anerkennung der deutschen Schuld am Krieg, was den geschichtlichen Tatsachen widerspricht, widerrufen hat. Der Redner wendet sich dann gegen die Reichspolitik, die eine Politik der nationalen Schmach sei und geradezu eine Damesgutachten-gefahr habe. Die mit amtlichen Geldern errichtete Zentrale für Heimatschutz hat in einer Druckschrift das Damesgutachten als die Bibel der völlerrechtlichen Beziehung (Hört, hört, rechts). Dr. Quast bekämpft dann die einzelnen Teile des Damesgutachtens. Es sei eine nationale Schmach, daß Deutschland zur Beendigung von landesverräterischen Separatisten abgezwungen sei. Die Möglichkeit einer Zersplitterung dürfe einem modernen Kulturvolke nicht zugemutet werden. Das Reichsbahngesetz schafft eine Reichsbahn, die niemals als ein deutsches Unternehmen betrachtet werden könne. Die Deutschnationalen hätten keinen Grund, den Wahlkampf gegen das Damesgutachten zu scheuen.

Abg. Solmann (Soz.)

betont die Notwendigkeit der Annahme des Damesgutachtens im Interesse der Befreiung des Rheinlandes.

Wer in Deutschland den Konowkrieg predigt, ist ein Landesverräter im besetzten Rheinland.

Welcher andere Ausweg nach Wahrung des Gutachtens vorhanden wäre, das haben uns die Deutschnationalen ebenso wenig gesagt, wie die Nationalsozialisten und Nationalkommunisten. (Seitertell.)

Was wollen die Deutschnationalen?

Abg. Dr. Quast: Lassen Sie uns in die Regierung kommen, dann werden wir es Ihnen zeigen! (Hört, hört, links).

Ein nationaler Mann darf mit seiner Arbeit nicht warten, bis er Minister geworden ist. (Beifall.)

Die Deutschnationalen bringen mit ihrer auf reine Demagogie gestellten Haltung Deutschland in die Gefahr einer neuen Zersplitterung, wenn sie nicht binnen 24 Stunden zur Besinnung kommen und das Damesgutachten annehmen; dann müßte eben die Regierung an die Wähler appellieren. (Beifall.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erinnerte an die trostlose Lage der Wirtschaft vor der Außerfallung des Achtstundentagesgesetzes. Damals seien auch die Sozialdemokraten der Meinung gewesen, daß man mit der alten Arbeitszeit die Wirtschaft nicht wieder aufrichten könne. Die jetzige Arbeitszeiterordnung sei freilich auch kein Ideal und werde geändert werden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

zitierte die jüngste Senatsrede, in der Poincaré sich gegen Herriot und gegen die Londoner Vereinbarung und die Räumung des Ruhrgebietes wandte. Nach immer noch in Frankreich eine große Macht hinter Poincaré. Die Deutschen, die Poincarés Vernichtungswillen kennen, müßten doch etwas objektiver urteilen, was in London erreicht worden ist. (Beifall.)

Man erinnere sich an die oft angewandte Redensart Poincarés: Ich habe Deutschland in den Klauen und lasse es nicht wieder heraus.

London hat nichts mit dem Geiste des Poincarismus gemein.

Es besteht aber die Gefahr, daß dieser wieder herrschend in Europa wird, wenn auf Deutschlands Schuld die Verhandlungen scheitern. (Sehr richtig.)

Ich sehe nicht, wie in diesem Falle der Boden wieder

angeknüpft werden kann. Ein Kompromiß, wie es in London geschlossen wurde, kann natürlich nicht alle Teile befriedigen, auch nicht uns. Von amtlicher Seite ist das Damesgutachten auch niemals als eine Bibel der Wirtschaft bezeichnet worden. Das hat ein Verleumder in einem geschmacklosen Inzert getan. Die Annahme des deutschnationalen Antrages, daß nach zwei Jahren eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit gefordert werden soll, wäre eine politische Unklugheit, denn die Bestimmungen des Londoner Vertrages sind günstiger für uns. Die Wähler werden erst nach der Durchführung des Vertrages Erfahrungen sammeln und wenn dann überall die Ernüchterung herrscht, werden dann die Vertragsbestimmungen den gesammelten Erfahrungen entsprechend abgeändert werden können. Deutschland hat auch ein Lebensinteresse daran, mitzuwirken, an einer völlerrechtlichen Neuorientierung, die die Möglichkeit eines Nebeneinandergehens gibt, gegenüber einer Machtpolitik Poincarés, der wir Macht nicht entgegenstellen können. Diefelben Kreise, die immer nach Führen rufen, dürfen der Regierung keinen Vorwurf darüber machen, daß sie in dieser hochwichtigen Frage von sich aus das deutsche Volk über den Inhalt des Damesgutachtens aufklärt angesichts des Zerfalls, das von den Gegnern verbreitet wurde. Der Minister wendet sich dann

gegen die Kritik des Abg. Dr. Quast im einzelnen.

Die deutsche Reichsbahn bleibe in der neuen Form tatsächlich durchaus in deutscher Hand. Die Gerüchte sind falsch, daß am 10. Januar von der Entente geordert wird, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. Es ist auch ganz unzutreffend, daß die deutsche Delegation in London irgendwelche handelspolitischen Beziehungen Frankreich gegenüber eingegangen sei. Der französische Sozialist Leon Blum hat in seiner sonst ausgezeichneten Rede an einer Stelle gesagt: Seine Freunde seien immer für die Aufräumung eingetreten, aber wenn Herriot sofort diese durchgeführte hätte, dann wäre dies ein Triumph der Deutschnationalen gewesen. Die deutschen Sozialisten werden diesen Standpunkt der französischen Parteifreunde sicher nicht teilen. (Zustimmung.) Poincaré hat 1923 zugelegt, er werde 24 Stunden nach der Aufhebung des passiven Widerstandes mit Deutschland über die Reparationsfrage verhandeln. Als dann der Widerstand aufgehoben wurde, drückte sich Poincaré um die Erfüllung dieser Zusage, indem er den passiven Widerstand als etwas ganz Neues auslegte. Man hat behauptet, er bestehe noch weiter. Der Minister wies im Zusammenhang damit die Behauptung zurück, daß im Vorjahre das Reichsbankrott an eine Zersplitterung des Rheinlandes gedacht habe.

Der Weg von Versailles nach London hat eine starke Veränderung der Einstellung der Welt für Deutschland gebracht.

Wenn wir, den Weg weiter schreiten wollen, dann dürfen wir uns jetzt nicht weigern, dem Londoner Vertrag zuzustimmen. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Cuhler

erläuterte das Londoner Abkommen über die Kontrollrechte. Gegenüber den jetzt bestehenden weitgehenden Kontrollrechten der Garantiekommision sei in London eine wesentliche Milderung erreicht worden. Bei einem normalen Zustand der Wirtschaft hat der Kommissar nur das Recht, Auskunft zu erteilen. Auch in den weiteren Stadien seien bei den Verhandlungen in London diese Sicherheiten für Deutschland erreicht worden.

Abg. Jochenbach (Zentrum)

verliest eine längere Erklärung der Zentrumsfraktion, in der es heißt:

„Wenn durch Ablehnung der Gutachtengeirge der Erfolg in neue Unklarheit und Notstände hineingeführt wird, dann muß die Verantwortung dafür den zugeworfen werden, die in falscher Einschätzung der internationalen Lage und in politischer Verblendung diese Ablehnung herbeigeführt haben.“

Als der Redner bemerkt, daß der Abg. Quast (Deutschnational) trotz des Enffes der Situation lächelt, antwortet ihm Dr. Quast: „Wenn man Sie anheißt, muß man unwillkürlich lächeln.“ (Lach. Dr. Quast erhält vom Vizepräsidenten Dr. Nieber für diese Bemerkung einen Ordnungsruf.)

Hier wird nach früheren Vereinbarungen die Entscheidung über die Anträge eingeschoben werden, die für die Maßnahmen für das besetzte Gebiet verlangen.

Abg. Gerard (Dem.) beantragt Zurückstellung der Entscheidung hinter die Abstimmung über die Gutachtengeirge.

Der Antrag von Gerard wird angenommen.

In der Fortsetzung der dritten Beratung der Gutachtengeirge verliest

Abg. Dr. Jopl (D. V. B.) eine Erklärung der Deutschen Volkspartei, in der ausgeführt wird, die Deutsche Volkspartei könne den Anträgen der Deutschnationalen nicht zustimmen, da sonst nur die Verhandlungen erschwert werden. Die Deutsche Volkspartei würde aber eine weitere Hinusschiebung der Tristen nicht verantworten können. (Beifall.)

Der Antrag der Deutschen Volkspartei sei daher eine Plattform, auf die alle Parteien treten können.

Reizner (A.) verlangt die sofortige Annäherung der inoffiziellen Kommunisten. Eine solche Schmeichelei und Kampfbünde, die hier im Reichstag für die Annäherung der inoffiziellen Kommunisten eintreten, sei noch nicht dagewesen. Der Redner verlangt die Ablehnung der Damesage und ein Bündnis mit Sowjetland.

Vizepräsident Dr. Nieber ruft den Abg. Reizner

zweimal zur Ordnung wegen beleidigender Angriffe gegen die Regierung.

Hr. Graf von Helldorf (Nationalsozialist) bezeichnet den Vordränger als ein Dokument der nationalen Schwäche. Reichsfunktionär Marx führt sich öffentlich als Anhänger von Volksgesunden ebenso der Reichspräsidenten, der ausnahmsweise seit 2 Jahren seinen Munitionsbereitstellung mehr organisiert hat.

Hr. Graf von Helldorf beklagt das Unmögliche im allgemeinen und meint, eine Abrechnung würde in Amerika den Einfluss des Präsidentenstandes erhöhen. Die Nationalsozialisten würden das Unmögliche auch dann abgelehnt haben, wenn darin die sofortige Klärung des Ruhrgebietes zuhause gekommen wäre.

Hr. Ziffer (Demokrat) betont, die Kritik der einzelnen an dem Unmöglichen sei unvermeidlich, angesichts der Folgen, die eine Abrechnung nach sich ziehen würde. Das amerikanische Volk betrachtet das Danesgagener Grabmal als eine nationale Angelegenheit. Es würde die Nation als landesfeindlich betrachten, die das Unmögliche ablehnen und seine wirtschaftliche Unterstützung würde es anderen Nationen zuwenden.

Hr. Dr. Weller (Deutsche Volkspartei) erklärt, seine Fraktion habe gegen das Eisenbahngesetz ernste Bedenken, werde aber trotzdem im Interesse der besetzten Gebiete diese zurückstellen und den Vorschlag annehmen.

Hr. Alpers (Wirtschaftsvereinsung) nimmt den Vorschlag an.

Wit der Vordränger Konferenz sei offenbar eine Veränderung der außenpolitischen Atmosphäre im Sinne einer Abkehr von der Sozialpolitik eingetreten.

Hr. Kuntze (Deutsche Volkspartei) lehnt das Unmögliche ab, weil es für die jüdische Sozialdemokratie nur ein Mittel bedeutet, nämlich, das deutsche Volk in ewige Unzufriedenheit zu führen. Die Folgen würden der jüdischen Sozialdemokratie aller Parteien sein und das alles in dem Wert einer Karrierefähigkeit auszusagen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Richter wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten die Spezialbesprechung vertagt. (Aufhe bei den Kommunisten: „Schreibungs“)

Gegen 7 Uhr wird die Einzelabstimmung und Schlussabstimmung auf morgen Vormittag 10 Uhr vertagt.

Die große Keilerei im Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstag von unserem parlamentarischen Vertreter.

Es ist also nun soweit gekommen, daß die deutschen Volkspartei sich gegenseitig verprügelt! Eine solche Szene, wie sie sich am Mittwoch im Reichstag abgespielt hat, steht bis jetzt einzig in der Geschichte der deutschen Volkspartei. Obwohl es schon vorher zu heftigen Auseinandersetzungen, auch schon zu dem Versuch von Täuschungen gekommen, aber solche tief beschämende und empörende Vorgänge, wie wir sie jetzt beobachten mußten, haben sich doch noch nicht zugetragen.

Das Signal zu diesem ungeheuerlichen Geschehen, das ein freies von dem ganzen deutschen Volk ist, das einer jenseitigen Beleidigung und einer unerbittlichen Verhöhnung des ganzen deutschen Volkes gleichkommt, gaben die Deutschvölkischen. Und der Prokurator, derjenige, der die ganze Angelegenheit, sich aber dann, als es zum Klappen kam, tapfer zurückzog, war wieder einmal jener unermüdliche Herr von Graefe!

Die Dinge haben sich so abgespielt: Man debattiert über die Anträge auf Freilassung der politischen Inhaftierten. Die Anträge waren von völkischer und kommunistischer Seite gestellt mit dem Zweck, den beiderseitig Inhaftierten die Teilnahme an der Schlussabstimmung zu ermöglichen. Alle übrigen Parteien, auch die Deutschnationalen, lehnten diese Anträge ab. Ein inzwischen eingebrachter Antrag verlangte, daß die Anträge an den Ausschuss zurückverwiesen werden, das ist nur dann möglich, wenn niemand widerspricht. Auf die bezügliche Frage des Präsidenten Wallraf erhob der demokratische Abgeordnete Brodau Einspruch. Er machte damit von dem verfassungsmäßigen Rechte, das jedem Abgeordneten zusteht, Gebrauch, einem Rechte, von dem bei allen möglichen Gelegenheiten die Kommunisten und die Völkischen ebenso Gebrauch machen.

Sofort aber erhob sich bei den Völkischen unter Führung Graefes ein furchtbarer Lärm. Man muß es immer wieder feststellen, daß die Völkischen die Drahtzieher und Helfer waren. Erst nachdem von dort das Signal gegeben war, brauchten die Kommunisten auf. Aber man merkte ihnen eine gefälschte Erregung nur zu gut an. Graefe fandte jene Manier an, der Spitze die mildesten Männer, namentlich jenen geradezu wie tobend sich aufstrebenden Münchener Straßenbahnkassierer Jacob, der, beide Hände fassend und entzündete Schreilaute von sich gebend, gegen die demokratischen Bänke vorstürzte. Als die Kommunisten diesem Beispiel folgten, bekamen die Völkischen immer mehr Mut. Auf einmal schrien etwa ein halb Dutzend Stimmen in den Saal: „Raus mit dem Judenlämmel!“

Nun gab es kein Halten mehr. Die Völkischen drangen in geschlossenen Trupps gegen die Bänke der Demokraten vor, oder sie trübten durch Zurufe die Kommunisten auf, die in gleicher Weise vorbrangen, bis schließlich drei, die Kommunisten vorprangen und mit den Fäusten auf Brodau einhieben. Um Brodau hatte sich inzwischen der Demokrat Correll und der hühnerhafte Sozialdemokrat Reine zum Schutze gestellt und Abgeordnete anderer Parteien suchten einen Ring zu bilden. Das war aber schon zu spät. Reine erhielt von dem Kommunisten Redemeyer, einem kommunistischen Parteiführer aus Wiesbaden, einen so heftigen Stoß gegen die Brust und gleichzeitig von dem Kommunisten Maslowitz einen Stoß, daß er über die nebenan befindliche Zentrumbank fiel. Aber nur einen ganz kleinen Augenblick war seine Lage gefährdet. Er stürzte sich mit voller Wucht auf die Angreifer, die inzwischen auf eine geradezu furchterliche Weise auf Brodau, der liegen geblieben war, und der schon halb zur Seite lag, einhieben. Reine erbeugte sich ganz kräftig seine Fäuste ins Gesicht. Auch der Abgeordnete Kuntze, der inzwischen beigeprungen war, wurde auf diese Weise von Völkern erschlagen. Was aber das Schamloseste war: Herr v. Graefe und die Völkischen hegten und befehlten diese Szene mit zynischem und höhnischem Lachen und mehrere Völkische beteiligten sich ebenfalls an den Kämpfeleien. Herr v. Graefe brauchte selber nicht zuzugreifen, denn

er hatte ja eine ihn sehr ehrende Stoffsgarde vorgesetzt.

Dem Präsidenten Wallraf war es ganz unmöglich Ruhe zu schaffen. Er verließ darum den Platz. Damit war die Sitzung aufgehoben. Das ganze Haus war in eine furchtbare Erregung geraten. Alle Abgeordneten drängten vor, ein einziger Einrückungsschrei durchbraute das Haus. Und der Tumult war so groß, daß man selbst in entfernten Konferenzräumen davon vernahm. Die Besucher der Tribünen hatten sich erhoben und schreuliche Pfuißer in den Saal. Man hörte auch Rufe: „Ihr Hunde, Ihr solltet Euch schämen! Ist das noch ein Reichstag! Auch Rufe: „Aussteigen! Sofort nach Hause! Ich! Ich! Ich!“ Es war eine ganz unbeschreibliche Szene. Die im Saal anwesenden Minister und Regierungsvertreter verließen geschloßen den Saal. Die Führer der Fraktionen schickten sich in das Gedränge, vor allem der Zentrumsabgeordnete von Guericke, dann der Führer der Völkischen Volkspartei Lecht, der sich mitten unter die Kommunisten mischte und sie abwehrte und der demokratische Führer Correll. Alle diejenigen, die schloßen wollten, wurden mit Beschimpfungen überhäuft und man drohte ihnen an, daß auch sie Prügel beziehen könnten! Es bildeten sich sehr erregte Gruppen und oft kamen es, als sollte es zu neuen Schlägereien kommen. Immer wieder brachen die Kommunisten hervor, unter anderem Höflein der schon die Hand zum Schlag erhoben hatte und von nicht weniger als 6 Seiten zurückgehalten werden mußte. Es kam auch zu kühnen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Wallraf gab der tiefen Schämung und der Empörung des ganzen Landes über diese Vorgänge Ausdruck. Der Reichstag wurde inzwischen mit der Angelegenheit betraut. Man versuchte, die Verhandlungen weiterzuführen, was aber nur sehr schwer möglich war. Als bei diesen Verhandlungen dann der deutschvölkische Sprecher Dr. Roth das Wort erhielt, verließen die übrigen Abgeordneten fast geschlossen den Saal, so daß Roth vor leeren Bänken sprach. Damit wurde die Redung ausgedrückt gegenüber derjenigen Partei, die die eigentliche Verantwortung für das widerliche Schauspiel trägt.

Die bisherigen Feststellungen.

(1) Berlin, 28. Aug. Nach den bisherigen Feststellungen spielen sich die Vorgänge so ab, daß der in dem Wahlfreie Brodau gewählte Kommunist Grube auf Brodau anstürzte und mit erhobener Faust ihm drohend zurief: „Dafür werden wir in Gehmeit mit Ihnen abrechnen.“ Die in der Nähe Brodau stehenden Abgeordneten Correll (Dem.) und Reine (Soz.) glaubten, Grube wolle auf Brodau einschlagen und drängten ihn zurück. Daraus entwickelte sich dann zunächst ein Handgemenge mit dem Kommunisten Redemeyer. Der Kommunist Epplien stürzte nun gemeinsam mit Grube gegen Brodau vor. Epplien und Redemeyer schlugen mit Fäusten auf den Abg. Brodau ein, so daß dieser am rechten Auge verletzt wurde und sich in die Behandlung der sozialdemokratischen Heerlin Frau Abg. Dr. Stegmann begeben mußte.

Der sozialdemokratische Abg. Richter rief Epplien von Brodau los und zwischen den Rängen der Sozialdemokraten wurde dann Epplien von mehreren Sozialdemokraten verprügelt. Dabei wurden ihm auch mit einem Zeltungsstiel wunde Schläge über den Kopf verleiht, die auf einer Gefäßschädigung eine blutige Schmore hinterließen. Abg. Brodau, der über dem verletzten Auge einen Verband trägt, blieb weiter im Saal.

Besprechungen der Deutschnationalen mit Außenminister Stresemann.

B. D. J. Berlin, 28. August. (Droh.) Die Lage im Reichstage ist bis zur Stunde noch völlig ungetröstet.

Am Nachmittag hielt die Deutschnationalen Reichstagsfraktion eine längere Sitzung ab, in der zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und den Führern der Deutschnationalen Besprechungen stattfanden.

Die Konferenz der Deutschnationalen.

WTB Berlin, 27. Aug. Die Konferenz der Deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden im Reichstag fand gestern ihren Abschluß. Von 42 Vertretern der Organisation sprachen sich nur drei für die Londoner Abmachungen aus. Einer von ihnen in beider Form, während alle anderen sich dagegen erklärten.

Neue Beratungen der Deutschnationalen

(1) Berlin, 28. Aug. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion trat am Mittwochabend nach 9 Uhr zu einer Fraktionsbesprechung zusammen, um nach einmalig der gesamten politischen Lage in allen Einzelheiten Stellung zu nehmen u. d. vom Abg. Schulz (Vromberg) in der heutigen Sitzung des Reichstages angeführten Anträge zur dritten Lesung vorzubereiten. Es handelt sich hier um den in zweiter Lesung angenommenen völkischen Antrag zum Mantelgesetz, der u. a. eine frühere Klärung der besetzten Gebiete fordert. Nach der Auffassung in Deutschnationalen Kreisen soll teilsweise Aussicht bestehen, daß sich das Stimmverhältnis, wie es sich bei Abstimmungen der zweiten Lesung gezeigt hat, in dritter Lesung ändern werde. Bei der Abstimmung über das Mantelgesetz sind bekanntlich 248 Stimmen der Soz. und 174 Stimmen dagegen bei einer Enthaltung abgegeben worden. Eine Zweidrittelmehrheit, wie sie bei diesem Gesetz in dritter Lesung erforderlich ist, ist also nicht vorhanden. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion ist nahezu vollständig verarmt. Es setzen nur vier erkrankte Mitglieder. Zu den Beratungen der Reichstagsfraktion ist auch die preussische Landtagsfraktion zugezogen worden. Die Änderungsanträge werden erst am Donnerstag bekanntgegeben werden.

Die völkischen Deutschnationalen.

(1) Hagen, 27. Aug. Hier fand eine Vorstandssitzung des Deutschnationalen Landesverbandes Westfalen-Stadt statt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet darüber:

Reichstagsabgeordneter Dr. Aßmann sprach über das Londoner Abkommen und die politische Lage. Unter anderem waren auch die Reichstagsabgeordneten Dr. Mumm, Gierisch und Martin erschienen. Auch diese Versammlung hatte den Zweck der Information der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und der Stellungnahme mit den Obmannern des Wahlkreises. Die Versammlung sprach der Parteileitung ebenfalls das Vertrauen aus und trat durchweg für Ablehnung ein, ließ aber die Fraktion völlige Handlungsfreiheit in ihrer Entscheidung.

Für Annahme.

Der Deutsche Beamtenbund für die Annahme der Londoner Vereinbarung.

Die Zeitung des D. B. B. hat in ihrer außerordentlichen Sitzung am Sonntag, dem 24. August, an der berufene Vertreter der Beamtenchaft der besetzten Gebiete teilnahmen, zu der Londoner Vereinbarung vom Standpunkte der Beamtenchaft Stellung genommen und die folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes erkennt an, daß es der deutschen Delegation in London trotz größter Widerstände gelungen ist, die Klärungsfrage zum Gegenstande der Konferenz-Verhandlungen zu machen. Sie spricht jedoch ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß unter dem Druck der politischen Lage die sofortige Klärung des gesamten Ruhrgebietes nicht erreicht werden konnte. Dieser Tatsache stehen aber Erfolge gegenüber, die eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes herbeiführen und von so weittragender Bedeutung sind, daß es unmöglich erscheint, an der Frage der sofortigen Klärung allein die Londoner Vereinbarung scheitern zu lassen. Die Bundesleitung ist der Meinung, daß niemand in Deutschland die Verantwortung dafür übernehmen kann, wenn infolge der Ablehnung Hunderte von Deutschen in belgischen und französischen Gefängnissen auf unabsehbare Zeit weiter schmachten müssen und vielen Tausenden von Angehörigen die Heimat verwehrt wird den vertriebenen Beamten Amt und Wohnung verweigert bleiben. Fraglos bedeutet für die rheinisch-westfälische Bevölkerung die Annahme der Vereinbarung die Befreiung von ungeheuren Drück, für die gesamte deutsche Bevölkerung eine Entspannung der wirtschaftlichen und politischen Lage, während die Nichtannahme katastrophale Folgen für unsere Wirtschaft haben und das allgemeine Chaos herbeiführen müßte. Trotz der ungeheuren, kaum tragbaren Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden, trotz schwerer Bedenken hinsichtlich der dem Auslande zugestandenen Kontrolle über innerdeutsche Verhältnisse, erwartet aus den angeführten Gründen die Leitung des D. B. B. von der Volksvertretung die Annahme der Londoner Vereinbarung. Sie spricht dabei die Hoffnung aus, daß es der Reichsregierung gelingen werde, die Klärungsfrist abzukürzen, und daß sie ferner bestrebt sein wird, die aus der Vereinbarung dem deutschen Volke entstehenden Lasten in gerechter Weise zu verteilen.

Der Westdeutsche Handwerksamtag.

(1) Aachen, 28. Aug. Der Westdeutsche Handwerksamtag umfaßt die Handwerksämter Rheinlands, Westfalens, Selters-Nassaus und Lippe, hat zu dem Londoner Abkommen folgendes Telegramm an den Herrn Reichsaussenminister gefaßt:

„Der Westdeutsche Handwerksamtag bittet trotz schwerer Bedenken gegen die Londoner Abmachungen durch ihre Annahme die wirtschaftliche und politische Befreiung des Rhein- und Ruhrgebietes einzuleiten.“

WTB Oberhausen, 28. Aug. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Wirtschaftsbereiche von Oberhausen, hat in ihrer heutigen Versammlung nachstehende Entschließung gefaßt und an die Reichsregierung gefaßt:

„Trotz schwerer Bedenken über die fast untragbaren Leistungen, die dem deutschen Volk aus den Londoner Vereinbarungen erwachsen, hält es die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsbereiche Oberhausen, die Gesamtvertretung von Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und Hausbesitz, für geboten, daß der Reichstag den Londoner Abmachungen zustimmt, da die Wirtschaft des besetzten Gebietes die Reparationslasten nicht mehr länger tragen kann. Industrieverband, Innungen, Ausschuss des Einzelhandelsverbandes, Haus- und Grundbesitzvereine.“

WTB Ludwigshafen, 28. Aug. Die vier Eisenbahnerorganisationen der Pfalz, Deutscher Eisenbahnerverband, Rahrlicher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft und Rahrlicher Verkehrsbeamtenverein, haben in einer gemeinsamen Konferenz in Neustadt a. S. einstimmig folgendes Telegramm an den Reichstag beschlossen:

„Die heute in Neustadt tagende Konferenz sämtlicher Eisenbahnerorganisationen der Pfalz fordert den Reichstag auf, das Londoner Abkommen anzunehmen. Wir verurteilen die schweren Lasten des Abkommens nicht, weisen aber darauf hin, daß kein anderer Weg für die Befreiung und Befriedung des besetzten Gebietes besteht.“

WTB Berlin, 28. Aug. Bei der Reichsregierung laufen fortgesetzt weitere Kundgebungen für die Annahme des Londoner Paktes ein. Außer den von bereits gemeldeten haben sich unter anderem folgende Wirtschaft- und Beamtengruppen für die Annahme ausgesprochen: Kaufmännischer Verein Wiesbaden, Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Provinzialverband des Deutschen Beamtenbundes des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes, Industriegebietes, Industrie- und Handelskammer AKA, Städtischer Arbeiterverband Aachen, Verband der hiesigen Metzgereien Mainz, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Aachen, Handwerksamt Düsseldorf, Katholischer Arbeiterverband Belsenkirchen, Magistrat Aachen, Städtischer Arbeiterverband Ohligs, Ortsrat Aachen des Deutschen Beamtenbundes, Präsidium des Verbandes mitteldeutscher Industrie, Landesverband der Reichs-, Cantz- und Gemeindevorstände des besetzten rheinischen Gebietes, AKA, Gesamtverband der Deutschen Volkspartei Wiesbaden, Sozialdemokratische Partei der Kreise Bonn, Rheinbach, Euskirchen und Schleib.

Ausland.

Eine Korrektur der Abstimmung im Senat.

WTB Paris, 28. Aug. Der „Matin“ teilt als einziges Blatt die Meldung, daß das Abstimmungsergebnis im Senat das nach Schluß der Sitzung 204 gegen 40 Stimmen angenommen wurde, ferner, daß dem Bericht worden sei, für die Verträge, die über die Abgrenzung des Ruhrgebietes 37 Senatoren, 74 enthielten sich der Abstimmung und 19 waren abwesend.

Schweden lehnt den Sicherheitsakt ab.

WTB Stockholm, 28. Aug. Die schwedische Regierung hat nunmehr ihre Antwort auf den Vorschlag des Völkerbundesrates betreffend gegenseitige Hilfeleistung erteilt. Sie erklärt, sie könne sich diesem Vorschlag nicht anschließen, da er die erforderliche Sicher-

heit nicht gewährleistet und die Vorteile eines eventuellen Anschlusses die damit verbundenen Gefahren nicht aufwiegen.

Auch die englischen Bergwerksbesitzer gegen deutsche Kohlenlieferung.

WTB London, 28. Aug. Daily Telegraph schreibt, nicht nur unter den Bergarbeitern, sondern auch unter den Bergwerksbesitzern vernehmen die Bestimmungen der Danesgehe, soweit sie das Ruhrgebiet betreffen, große Bedenken, da der Plan, wenn er in Wirklichkeit geleitet werde, die englische Kohlenausfuhr ernstlich beeinträchtigen werde. Schon jetzt sei eine Verminderung der Ausfuhr um kleinerer Millionen Tonnen monatlich wahrzunehmen, was man auf die gesteigerte Produktion der Ruhrbergwerke zurückführt. Belgien und Frankreich, zwei wichtige Kunden, würden nach Inkrafttreten des Planes ihre volle Quote an Reparationskosten erhalten zum Nachteil des englischen Ausfuhrhandels. Außerdem würde Deutschland in der Lage sein, durch Kohlenausfuhr nach anderen Ländern den englischen Wettbewerb lahmzulegen.

Innerenglische Schwierigkeiten Mac Donalds.

(1) Paris, 28. Aug. Nach Londoner Meldungen häufen sich die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung. Einer der wichtigsten Programmpunkte des MacDonalds Kabinetts war bekanntlich die Befreiung der Arbeitslosigkeit. Nach den letzten Statistiken des Arbeitsministeriums vom 18. August hat die Zahl der Arbeitslosen innerhalb einer Woche um über 30 000 zugenommen und beträgt jetzt fast vier Millionen. Während der letzten drei Wochen vermehrte sich die Zahl der Arbeitslosen um über 70 000. Die Stellung des jetzigen Kabinetts ist deshalb sicherlich nicht sonderlich gefestigt. Hinzu kommt der noch immer größer werdende Gegensatz zwischen MacDonald und Snowden, so daß man in gut unterrichteten englischen politischen Kreisen mit Neuwahlen im kommenden Winter rechnet.

Noch keine Erlaubnis und kein Geld zum Kriegsführen.

WTB London, 28. Aug. Reuter meldet aus Shanghai, daß der Gouverneur von Tschefang die Eisenbahnlinie Shanghai-Nanking besetzt habe. Feindseligkeiten haben noch nicht begonnen, da der Gouverneur von Kieng noch keinen Krieg führen will bevor ihm General Bu Bei in die Erlaubnis und das nötige Geld gegeben ist.

Den Deutschen der Zutritt nach Ceylon gestattet.

WTB London, 28. Aug. Reuter meldet aus Colombo, die Verordnung, welche den Deutschen die Zutritt nach der Insel Ceylon verbot und welche am 29. August abläuft, werde nicht erneuert.

Explosion in der Warschauer Unteroffizierschule.

WTB Warschau, 28. Aug. Gestern explodierte in der Warschauer Ställe in der Wohnung eines Unteroffiziers ein aus Schuss aufgestellte französische Granate. 14 Personen wurden hierbei verletzt.

Die Auslieferung des Erzbergmörders verlangt.

WTB Budapest, 28. Aug. Wie die Blätter melden, hat die deutsche Regierung an die ungarischen Behörden heute das Ersuchen zur Einleitung eines Auslieferungsverfahrens gegen Förster-Schulz gerichtet. Im Sinne dieses Antrages beantragte der Anklageanwalt den Befehlshaber auf Grund des Auslieferungsgehehrs der deutschen Regierung in Haft zu nehmen, bezw. zu behalten. Diese Haft soll auf sechs Wochen beschränkt. In dieser Zeit muß das Auslieferungsgehehr, das durch das Justizministerium auf dienstlichem Wege zu erledigen sein wird, entschieden sein. In erster Linie wird die Frage geprüft werden, ob es sich um einen gewöhnlichen oder einen politischen Mord handelt.

Deutschland.

Wieder ein Deutscher im besetzten Gebiet erschossen.

WTB Paris, 28. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel, hat ein belgischer Soldat, der im besetzten Gebiet an der Heffelder Brücke (also bei Duisburg, an der Brücke der Eisenbahnlinie nach M. Gladbach, wo vor einem Jahre die furchtbare Explosion des belgischen Eisenbahnzuges erfolgte) Posten stand, auf einen Mann, den er zum Weitergehen aufgefordert hatte, einen Schuß abgefeuert. Der Mann wurde in den Kopf getroffen und war sofort tot.

Der preussische Landtag.

(1) Berlin, 28. Aug. Nach der Völkischen Zeitung beschloß der Reichstag den Landtag, daß im Falle der Ablehnung, des Londoner Abkommens durch den Reichstag, der Landtag am 3. September zusammentreten soll. Die Deutschnationalen Landtagsfraktionen hatten den Antrag auf sofortige Einberufung eingebracht.

Verurteilte Kommunisten.

WTB München, 28. Aug. Das Gericht verurteilte heute den Landtagsabgeordneten Schöffler und zwei Kommunisten die am 24. Mai an einer großen kommunistischen Kundgebung teilgenommen hatten. Beide Angeklagten wurden wegen Vergehens gegen die Verordnung des Generalkriegskommissars vom 11. Januar 1923 verurteilt. Das Gericht erkannte bei Schöffler auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und gegen den anderen Angeklagten auf fünf Tage Gefängnis. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen. Wegen des gleichen Vergehens wurde der Kommunist Paul Sandner zu drei Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eine Auszeichnung des Rechtsanwalts Dr. Bolte durch das Rote Kreuz.

WTB Eren, 28. Aug. Die zweite Klasse des Ehrenzeichens für das Deutsche Rote Kreuz ist dem als Verteidiger vor belgischen und französischen Militärgerichten tätigen Rechtsanwalt Dr. S. Bolte verliehen. Die Uebergabe erfolgte durch den hiesigen Legierten vom Deutschen Rote Kreuz.

Neue Meinungsverhandlungen am Freitag.

WTB Eren, 27. Aug. Die Meim hat die Sekretionskommission zum 29. Aug. 3 Uhr nachmittags zu Verhandlungen eingeladen. Wenn bis dahin die Voraussagen gegeben sind, dürfte das Ministerium bei dieser Gelegenheit wesentliche Änderungen erfordern.

21.
Die Bergweiner im Hefte drei Jahrzehnte,
Lehren in dem Wanne zurück, mit dem wir uns
Anfange unserer Erzählung beschäftigten. Die
Söhne von Sanft Georg riefen die Bewohner
Stadt zum Vormittagsgottesdienste; sie klangen
in das Gärden hinter dem Hause mit den grün
Fensterläden hinein. (Fortsetzung folgt.)

Siegerländer Kraftwagen - Gesellschaft

m. b. H.
Geisweid (Krs. Siegen)

Fernruf 1340

Telegramm-Adresse: „Siegkraft“.

Generalvertretung:

der Stoever-Werke, A.-G. Stettin
für Personen- und Lastkraftwagen

der Merkur Flugzeugbau, G.m.b.H.
für „Ego“-Kleinkraftwagen

der Schüttof, A.-G., Chemnitz
für Motorräder

Lieferung aller Ersatz- und Zubehörteile.

Reparatur-Werkstatt für Automobile und Motorräder.

Einbau von Licht- und Starter-Anlagen,

Lackierung aller Arten von Fahrzeugen

Vulkanisation.

Vertretung und Reparaturwerkstatt
der Accumulatorenfabrik „Verta“ für transportable Accumulatoren.

Motorräder, Ersatzteile, Beleuchtungen,
engl. Triumph-, engl. Ariel,
A. J. S., Sunbeam, deutsche Fabrikate,
NSU-Motorräder und -Wagen,
Alba-Getriebsmaschinen,
BMW Motorräder.

Elektrische Beleuchtungen (Fenag, Eisenmann
und Bosch). Die Maschinen sind teils am
Lager oder sofort ab Werk lieferbar.

Karl Schepp,
Krombach, Kr. Siegen

**Pensionat der Ursulinen
„La Providence“
Grubbenort bei Benlo**

Mitte September 1924 können wir unsere
Erziehungs- u. Unterrichtsanstalt für deutsche
Juglinge aus guten Bürgerfamilien wieder
eröffnen, vorläufig für solche, die das 6.
Schuljahr beendet haben.

Das Institut liegt in einer gesunden
Gegend in der Nähe von wäldigen Tannen-
wäldern, etwa 5 Minuten vom Bahnhof an
der Strecke Benlo-Nijmegen.

Pensionspreis 300 Gulden incl. Bett
und Wäsche. Prospekte stehen jederzeit zu
Dienst. Nähere Auskunft erteilt

die Oberin.

Selbsthilfe-Verkauf.

Dienstag, den 2. September 1924
vormittags 9 1/2 Uhr, werde ich am Güter-
bahnhof in Grubbenort einen Wagon

Thomaschlackenmehl,

ca. 150 Ctr., öffentlich meistbietend für
Rechnung dessen, den es angeht, gegen Bar-
zahlung versteigern. (†12742)

Weggen, den 18. August 1924.

Eckes, vereidigter Versteigerer.

**Abbrüche, Eisenschrott
Altmatalle**

etc. kauft
Metallhandelsgef. m. b. H. Olpe.
Telefon 130. (†1199)

*Flammer
Seifenpulver*

HERSTELLER KRAEMER U. FLAMMER HEILBRONN

**KEIN WÄSCHEFRESSER
EINZIG IN SEINER ZUSAMMENSTELLUNG
VERBLÜFFEND · WÄSCHKRÄFTIG · BILLIG
GARANTIERTE · UNSCHÄDLICH**

Fichtenstangen !

Epizentrenäppel, 125 x 5/8 cm o. bauernb
gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hantes, Holzgeschäft,
Königsberg u. Oberhausen i. W.

**Cigaretten für Wiederverkäufer
zu Original Fabrikpreisen.**

Casanova: Ritter-Gero, Sigrid, Emin-
Pascha.

Jenidze: Salem-Gold, rot, grün, Salem
Kabinot.

Wenestli: Rand, Orange, Fervor,
Gobelin

Karmirli: Halim, Gold, Privat, Export.

Halpaus: Rarität Nr. 200, Special,
Extra, Attacke.

Eckstein: Kokostein-Gold.

Fabian: Elegante-Welt, Staatsrat,
Modellbaron.

Verlangen Sie Anstellung in meinen prima Cigarren-
Sortimenten.

Versand nach Auswärts franko.

Aug. Broich. :: Olpe.

Tabakwarengrosshandlung. Telef. Nr. 115.

Rahmkäse
(Deutsche Gerbale),
Camembert,
ganz und geteilt,
feinsten
Emmentaler
in Schachteln,
frisch eingetroffen.
Adolf Kaiser,
Olpe.

**Beim
Waschen**

kommt Du leicht
zum Ziel, nimmst
Du nichts anders
als

Persil

Wer sich Persil
zur Wäsche hält,
der spart Kohle,
Zeit und Geld.

Geschäftshaus.

Im Zentrum der Stadt
gelegen umfänglichster
Raum zu verkaufen.

Anfragen wolle man
schriftlich unter Nr. 12838
bei der Geschäftsstelle
des Sauerländischen
Volksblattes einreichen.

Für schulentlassene
**Hütungen
u. Arbeitsburden**

suchen wir jederzeit
geeignete Arbeitsstellen
Rath Männer Fürsorge-
Berein, Dortmund,
Mühlenstr. 11a.

Anfragen ist für Aus-
lagen 1,- G.M. be-
zuzufügen.

Linoleum-

Teppiche
Vorlagen
Läufer

Cocosläufer

Fussmatten

A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber
angefertigt. Garantie
für gute Maßform.

Heinr. Reperich,
Schäffelmacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Achtung! Achtung!

Sin heute auf dem Markt in
Olpe mit einer Wagonladung

**Einmachgurken, Essig-,
Salz- u. Smälzgurken**

zu sehr billigen Preisen.

Franz Immehus,
Rhode.

**Ofenrohre und Knie
sowie
verzinkte Blechwaren**

aller Art, wie

**Eimer, Spülwannen,
Waschkeffel u. s. w.**

liefert auch im Kleinverkauf Konkurrenzlos

billig. (†12840)
Blechwarenfabrik A. Pöser, Olpe i. W.
Rursfürststr. 3. Telefon 134.

Bekanntmachung.

Den Privatförster Pahlke in Drolshagen
habe ich heute als Waldwärter (Forstschutz-
beamten) der Forstbezirke Schara und Bent
bestätigt.

Olpe, den 26. August 1924.

**Der Vorsitzende
des Waldschutzgerichts.**

**Flügel — Pianos
Einbau-Instrumente
Harmoniums**

liefert zu günstigen Preisen. Vertretung nur
erster Firmen — Sämtliche Reparaturen und
Stimmungen werden prompt und nachgemäss
ausgeführt.

Pianosessel, Notenständer usw.

Ollo Bauer, Klaviermacher,

Siegen, Wallgrabenstrasse 4.

Fernsprecher Nr. 1700.

Auskunft erteilt Herr Seminar-Musiklehrer
Rosenstengel, Olpe.

Gewaschenen Rheinsand,

geseiht, in verschied. Adnungen in la. Qualität
aus neu angelegter, leistungsfähiger
Sandwäsche, sowie Beton- und Montieries
liefert prompt ab Stat. Wenden bei Trolsdorf

Rheinkies- u. Sandbaggeri Albert Struch,
Elm, Hülgerstrasse 1,
Fernsprecher A 5642. (†12892)

Grubenhölzer
aller Dimensionen oder dazu passende
Waldbestände.

Hub Reuter,
Eichringhausen-Altenborn.
(†95) — Fernruf 181 —

Turn-Verein :: Olpe

Turnstunden:

Turnerinnen: Dienstags 8 1/2 — 10 Uhr
Turner: Freitags 8 1/2 — 10 Uhr
Jünglinge: Mittwochs 8 1/2 — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.



Empfehle meine große
Auswahl

Fahrräder

verschiedener Marken wie

Brennabor, Dürkopp usw.

Besonders möchte ich hinweisen auf mein
vorzügliches Angebot in

Spezial-Rädern.

welche ausstaffiert sind wie folgt: la. Doppel-
glockenlager, Freilauf und Radrücktritt von nur
erstaunlichen Fabrikaten, 2 weiße Gebirgsbäder
und schrittweise Garantie. Preis 118,- M.,
freibleibend, solange Vorrat reicht und ca. 30
Stück zur Auswahl.

Ausführlichkeit für jedermann, da Zeit-
zahlung gewährt wird.

Fahrradhandlung Karl Becker, Olpe.

Westf. Straße 30. Tel. 234.

**Industrie, Landwirtschaft
und Gewerbe**

Sie brauchen Kapital?

Ich vermittele es Ihnen in jeder Höhe
streng reell in kurzer Zeit gegen gute
Sicherheiten zu zeitgemäßen, aber ein-
wandfreien Zinsen. Klare Darlegung
der Verhältnisse nötig. (†12361)

A. Nicolaj Nielsen, Hamburg 38,
Kaiser Wilhelmstr. 41.

Zur Stoppeleinssaat empfehlen wir:

**Saatwicken, Erbsen,
Peluschnen.**

Bestellungen auf Saat-Roggen-Weizen-
Wintergerste erbeten.

Johann Cordes, Altenhundem.
Fernruf 47. (†12544)

Künstler - Monographien

kaufen Sie in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung,
Olpe, Bahnhofstraße.